

# Sélection d'article sur la politique suisse

Requête	<b>23.04.2024</b>
Thème	<b>Sans restriction</b>
Mot-clés	<b>Partis de gauche et partis écologiques, Elections fédérales</b>
Acteurs	<b>Parti vert'libéral (PVL)</b>
Type de processus	<b>Sans restriction</b>
Date	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Imprimer

## Éditeur

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Contributions de

Bernath, Magdalena  
Buchwalder, Mathias  
Bühlmann, Marc  
Gianola, Giada  
Heer, Elia  
Hohl, Sabine  
Schoenholtz, Stephan

## Citations préféré

Bernath, Magdalena; Buchwalder, Mathias; Bühlmann, Marc; Gianola, Giada; Heer, Elia; Hohl, Sabine; Schoenholtz, Stephan 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Partis de gauche et partis écologiques, Elections fédérales, Parti vert'libéral (PVL), 2005 - 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), téléchargé le 23.04.2024.

# Sommaire

<b>Chronique générale</b>	<b>1</b>
<b>Eléments du système politique</b>	<b>1</b>
Elections	1
Elections fédérales	1
<hr/>	
<b>Partis, associations et groupes d'intérêt</b>	<b>5</b>
Partis	5
Partis de gauche et partis écologiques	5
Partis libéraux	14

## Abréviations

**FORS** Zentrum für Sozialforschung

---

**FORS** Centre pour les études sociales

# Chronique générale

## Éléments du système politique

### Elections

#### Elections fédérales

ÉLECTIONS  
DATE: 21.10.2007  
SABINE HOHL

Die **EVP** führte den Wahlkampf mit einer Wertekampagne unter dem Motto „Werte fürs Leben, Werte für die Schweiz“. Sie präsentierte sich als Mittepartei, die in den Bereichen Ökologie und Familienpolitik linke, in der Gesellschaftspolitik dagegen rechte Positionen einnimmt. Schwerpunkte in der Wahlplattform der EVP waren Familienpolitik, Umweltpolitik und eine gerechte Wirtschaftspolitik. Das Wahlziel der EVP war, aus eigener Kraft Fraktionsstärke zu erreichen, wofür zwei zusätzliche Sitze nötig gewesen wären. Dies wollte die Partei durch eine Verdoppelung ihrer Nationalratsvertretung in den Kantonen Bern und Zürich erreichen. Die EVP trat in insgesamt 13 Kantonen zu den Wahlen an. Die **Liberale Partei** bestritt die Wahlen mit dem Slogan „Der Freiheit Flügel verleihen“. Die Wahlplattform der Liberalen, die im Juni 2007 verabschiedet wurde, enthielt drei Grundsätze: den Menschen mehr Vertrauen schenken als dem System, die Bürger zur Übernahme von Verantwortung motivieren und den Jungen eine Chance geben. Das Wahlziel der Liberalen war, ihre 2003 verlorenen Sitze im National- und Ständerat wieder zurückzuerobern. Sie trat in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Wallis und Basel-Stadt zu den Wahlen an. Die **Grünliberalen**, die im Juli aus den kantonalen Sektionen Zürich und St. Gallen eine nationale Partei gründeten, strebten in ihren Leitlinien eine Vereinbarung von liberalen und ökologischen Anliegen an. Die Partei positionierte sich im politischen Zentrum. Inhaltlich wurden mehrheitlich die Positionen der Grünliberalen des Kantons Zürich für die Leitlinien der nationalen Partei übernommen. Die **CSP** trat in den Kantonen Freiburg, Jura, Wallis und Zürich an. Im Kanton Jura kandidierte sie auch für den Ständerat. Ihr Wahlziel war das Erreichen eines zweiten Sitzes im Nationalrat neben demjenigen von Hugo Fasel (FR).<sup>1</sup>

ÉLECTIONS  
DATE: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Im **Kanton Zürich** wurden insgesamt 30 Listen eingereicht, auf denen sich 275 Kandidatinnen (34,3%) und 527 Kandidaten um die 34 Zürcher Nationalratssitze bewarben. Damit war die Zahl der Listen im Vergleich zu den eidgenössischen Wahlen 2007 (29 Listen) wieder angewachsen, hatte die Rekordzahl von 34 Listen aus dem Jahr 1991 aber nicht überboten. Die Zahl der Kandidierenden war marginal tiefer als 2007 (804) und wesentlich tiefer als 2003 (964). Ebenfalls weiterhin rückläufig war der Frauenanteil unter den Kandidierenden, der 2003 noch 38,4% betragen hatte (2007: 37,7%). Sowohl die SP als auch die SVP starteten mit Listen für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Neu traten die BDP und zahlreiche Kleinstparteien an, darunter etwa die Anti PowerPoint Partei, die Narrenpartei oder eine Liste mit Parteilosen. Anders als 2007 kam keine grosse Listenverbindung der Linken mehr zustande: SP, Grüne und CSP verbanden sich auf der einen und AL, Piraten und Konfessionslose auf der anderen Seite. In der Mitte verbanden sich die CVP, die BDP, die EVP, die GLP und die Tierpartei. Wie in den meisten anderen Kantonen, in denen die EDU antrat, verband sie sich auch in Zürich mit der SVP. Vier der 34 Sitze wurden frei. Insbesondere die SP, die sieben Sitze innehatte und von der drei Nationalrätinnen und Nationalräte zurücktraten (Mario Fehr, Christine Goll, Anita Thanei), hatte einen Aderlass zu verkraften. Den vierten vakanten Sitz (Hans Rutschmann) hatte die SVP zu verteidigen.

Die grossen Gewinnerinnen im Kanton Zürich waren die **BDP** und die **GLP**, die sozusagen Heimvorteil genoss: Die Grünliberalen hatten sich im Kanton Zürich 2004 von den Grünen getrennt und konstituiert. Die drei bereits 2007 eroberten, allesamt aus Zürich stammenden GLP-Mandate konnten 2011 nicht nur verteidigt, sondern um einen weiteren Sitz ausgebaut werden. Zu den drei Bisherigen wurde neu Thomas Maier in den Nationalrat gewählt. Der Wählerzuwachs um 4,5 Prozentpunkte auf 11,5% wurde nur noch von der BDP überflügelt, die in Zürich auf Anhieb auf 5,3% Wählerstimmenanteil kam und damit zwei Sitze eroberte. Für die BDP schickten die Zürcher Wahlberechtigten Lothar Ziörjen und Rosmarie Quadranti-Stahel nach Bern. Die Sitzgewinne von BDP und GLP gingen auf Kosten der SVP, der CVP und der GP, die je einen Sitz abgeben mussten. Die SVP fiel auf 29,8% Wähleranteil (-4,1 Prozentpunkte) und 11 Sitze zurück. Der Sitz von Hans Rutschmann konnte damit nicht verteidigt werden. Christoph Blocher schaffte es wieder in den Nationalrat. Nicht er, sondern Natalie Rickli bekam allerdings die meisten Wählerstimmen (145'776). Neu für die SVP

wurde Hans Egloff gewählt. Abgewählt wurden somit Ernst Schibli und Ulrich Schlüer, der bereits 2007 abgewählt worden, aber wieder nachgerutscht war. Die CVP, die ihren 2007 eroberten Sitz wieder abgeben musste (neu: 2 Sitze) kam noch auf 5% Wähleranteil (-2,6 Prozentpunkte). Für die CVP nicht mehr wiedergewählt wurde Urs Hany. Die Grünen mussten einen Verlust von zwei Prozentpunkten hinnehmen und kamen mit neu 8,4% Wähleranteil auf drei Sitze. Neu gewählt wurde Balthasar Glättli, der auch von seiner Ständeratskandidatur profitiert haben dürfte. Abgewählt wurden hingegen Marlies Bänziger und Katharina Prelicz-Huber. Die SP (19,3%, -0,5 Prozentpunkte, 7 Sitze), die FDP (11,6%, -1,6 Prozentpunkte, 4 Sitze) und die EVP (3,1%, -0,6 Prozentpunkte, 1 Sitz) konnten ihre Sitze trotz Verlusten halten. Die SP konnte damit alle drei vakanten Sitze verteidigen und wurde neu von Thomas Hardegger, Jacqueline Badran und Martin Naef vertreten. Bei der FDP und der EVP wurden die Bisherigen bestätigt. Über 1% der Stimmen erhielten auch die EDU (1,9%) und die Alternative Liste (1%). Die Piratenpartei war mit 0,9% elftstärkste Partei. Alle drei blieben allerdings ohne Sitz. Der Kanton Zürich wird nach den Wahlen 2011 mit 10 Frauen und 24 Männern in Bern vertreten sein. Der Frauenanteil nahm damit im Vergleich zu 2007 von 35,3% auf 29,4% ab. Die Stimmbeteiligung im Kanton Zürich betrug 46,8% und war damit über zwei Prozentpunkte tiefer als noch 2007. <sup>2</sup>

## ÉLECTIONS

DATE: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Auch im **Kanton Bern** hatte die Zahl der Listen und Kandidierenden gegenüber den Wahlen 2007 erneut zugenommen. 545 Kandidierende auf insgesamt 28 Listen kämpften um die 26 Nationalratssitze, von denen drei frei wurden: Therese Frösch (gp), Simon Schenk (svp) und Pierre Triponez (fdp) hatten ihren Rücktritt eingereicht. Damit traten 31 Kandidierende mehr an als bei den Wahlen vier Jahre zuvor. Die vier zusätzlichen Listen im Vergleich zu 2007 waren unter anderem der BDP und der GLP aber auch der Piratenpartei geschuldet, die alle neu antraten. Die SVP trat neu nur noch mit einer Liste an, die SP dafür gleich mit drei (inkl. Juso und Secondas). Der Frauenanteil (33,9%) unter den Kandidierenden war im Vergleich zu 2007 rückläufig (35,8%). Die linken Kräfte (SP, GP, AL, PdA) und die Mitte (EVP, CVP, GLP, Tierpartei) gingen Listenverbindungen ein, während die SVP und die FDP anders als noch 2007 den Alleingang wählten. Eine bereits im März angeregte Verbindung zwischen SVP, BDP und FDP kam insbesondere aufgrund der Weigerung der BDP nicht zustande, die sich als frische Kraft im Alleingang profilieren wollte. Die Frage war insbesondere, ob die BDP, die nach der Abspaltung von der SVP zwei ursprüngliche SVP-Sitze innehatte, zusetzen konnte und ob dies auf Kosten der SVP geschehen würde. Die SP wollte zudem ihren Sitz, den sie aufgrund des Parteiaustrittes von Ricardo Lumengo verloren hatte, zurückerobern. Dieser selber hatte kurz vor den Wahlen noch die Sozio-liberale Partei gegründet, mit der er ebenfalls wieder antrat.

Tatsächlich war die **BDP** die grosse Gewinnerin im Kanton Bern: Sie verbuchte auf Anhieb 14,9% Wähleranteil. Damit konnte sie nicht nur die beiden bisherigen Sitze halten, sondern zwei weitere dazugewinnen: neu schickte die BDP Urs Gasche und Lorenz Hess ins Bundeshaus. Darüber hinaus wurde sie auf Anhieb drittstärkste Partei. Die Gewinne gingen allerdings wider Erwarten nicht gänzlich auf Kosten der SVP, sondern auch der CVP und der FDP. Die SVP verlor lediglich 4,6 Prozentpunkte und wusste neu 29% der Berner Wählerschaft hinter sich. Damit konnten die acht Sitze, die seit der Trennung mit der BDP noch im Besitz der Berner SVP waren, gehalten werden. In den Nationalrat gewählt wurden neben dem Ständerat Adrian Amstutz, der die meisten Stimmen im Kanton erhielt (126'279), neu auch Albert Rösti und Nadja Pieren. Abgewählt wurden hingegen Jean-Pierre Graber und Thomas Fuchs, der erst Anfang Berichtsjahr für Amstutz nachgerutscht war. Mit der Abwahl von Graber war der Berner Jura zum ersten Mal seit 1848 nicht mehr in Bern vertreten. Zu den Siegern gehörte die in Bern zum ersten Mal antretende **GLP**, die 5,3% der Wählerschaft und zwei Sitze gewinnen konnte. Vertreten wird die Berner GLP durch die neu gewählten Kathrin Bertschy und Jürg Grossen. Die Sitzgewinne von BDP und GLP gingen vor allem auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die CVP, die ihren Wähleranteil von 4,7% auf 2,1% halbiert sah, verlor ihren Sitz: Abgewählt wurde Norbert Hochreutener. Die FDP, die ebenfalls einen starken Rückgang ihrer Wählerinnen und Wähler verzeichnen musste (-6,4 Prozentpunkte, neu: 8,7%) büsste zwei ihrer vier Sitze ein. Neben dem zurückgetretenen Triponez wurde Peter Flück abgewählt. Die EDU schliesslich verlor ihren einzigen von Andreas Brönnimann gehaltenen Sitz ebenfalls, obwohl die Wählerverluste vergleichsweise moderat ausfielen (-0,5 Prozentpunkte, neu: 3,1%). Ihren Sitz halten konnte hingegen die EVP mit 4,2% Wähleranteil (-1,2 Prozentpunkte). Auch im links-grünen Lager mussten Verluste an Wählerstimmen in Kauf genommen werden, die sich allerdings nicht in Sitzverlusten manifestierten. Die SP, die mit 19,3% Wähleranteil (-1,9 Prozentpunkte) zweite Kraft blieb, konnte den Sitz des abgewählten

Ricardo Lumengo zurückerobern und hielt ihre insgesamt sechs Sitze. Für den im zweiten Wahlgang in den Ständerat gewählten Hans Stöckli rutschte der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät nach. Auch Matthias Aebischer gehörte zu den neuen Gesichtern in der SP-Fraktion. Die Grünen konnten ihre drei Sitze ebenfalls halten, obwohl auch sie im Vergleich zu 2007 Federn lassen mussten (-3,5 Prozentpunkte, neu: 9,4%). Für die zurückgetretene Therese Frösch wurde Regula Rytz gewählt. Die GP und die SP profitierten dabei von ihrer Listenverbindung: gleich zwei Restmandate fielen den beiden Parteien zu. Bern gehörte zu einem der wenigen Kantone, in dem der Frauenanteil unter den Abgeordneten zunahm, nämlich von 30,8% auf 42,3%. Die Stimmbeteiligung war ebenfalls höher als noch 2007 und lag bei 50,4% (2007: 46,4).<sup>3</sup>

ÉLECTIONS  
DATE: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Erst Mitte Juni wurde der Wahlkampf der **GLP** gestartet. Ziel war mindestens Fraktionsstärke bzw. der Gewinn von sechs bis acht Nationalratsmandaten und die Verteidigung der beiden Ständeratssitze. In ihrer Medienmitteilung gab die GLP ein Wahlkampfbudget von rund CHF 800'000 an, wobei CHF 600'000 von den kantonalen Sektionen eingesetzt würden. Auch die GLP wollte mit der Lancierung einer Initiative („Energie- statt Mehrwertsteuer“) Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. Zudem schrieben sich die Grünliberalen den Einsatz für mehr Wirtschaftsverantwortung, eine bessere Raumplanung, für mehr Eigenverantwortung und Toleranz, für mehr Lebensqualität und mehr Bildung auf die Fahnen. Die GLP wollte als junge und dynamische Partei Politik für die Allgemeinheit machen statt Partikularinteressen zu verfolgen.<sup>4</sup>

ÉLECTIONS  
DATE: 17.04.2019  
MATHIAS BUCHWALDER

-----  
**Résumé**  
-----

**Élections fédérales 2019**

Des vagues vertes et violettes ont déferlé sur la Suisse lors des élections fédérales de 2019. En effet, celles-ci ont été marquées par la progression des partis écologistes et par une meilleure représentation des femmes sous la coupole. Portés par la présence de la question climatique dans le débat public, les vert.e.s sont passés de 13 à 35 parlementaires, et les vert'libéraux de 7 à 16. Les manifestations pour le climat ont permis à ce thème d'occuper le devant de la scène au cours de la campagne. De manière similaire, la grève des femmes du 14 juin 2019 a bénéficié d'une importante couverture médiatique. Dans les urnes, cela s'est traduit par une augmentation significative de la délégation féminine dans les deux chambres. 95 élues siègeront entre 2019 et 2023, contre 71 lors de la législature précédente.

En outre, la cuvée 2019 des élections fédérales s'est distinguée par un nombre record de candidatures. 4'645 personnes ont brigué un siège au Conseil national, contre 3'788 en 2015. Cette augmentation s'explique notamment par l'abandon des parrainages: les partis ont été exemptés de collecter des signatures pour présenter plusieurs listes. Ainsi, de multiples listes «jeunes», «femmes», «écologistes», «seniors» ou encore «innovation» ont été lancées. Avec divers apparentements, cela a permis à certain.e.s de grignoter les pourcentages nécessaires à la conquête d'un siège supplémentaire.

Lors de l'élection au **Conseil national**, les vert.e.s ont récolté 13.2 pour cent des voix (+6.1 points de pourcentage pp par rapport à 2015), franchissant ainsi pour la première fois la barre symbolique des dix pour cent. Leurs cousins vert'libéraux se sont établis à 7.8 pour cent (+3.2pp). Les partis gouvernementaux ont fait les frais de cette progression écologiste. Demeurant le premier parti du pays, l'UDC a cependant reculé à 25.6 pour cent (-3.8pp). Le PS a perdu 2pp pour s'établir à 16.8 pour cent, alors que le PLR a engrangé 15.1 pour cent des suffrages (-1.3pp). En perte de vitesse constante depuis plusieurs années, le PDC s'est fait passer devant par les vert.e.s. Avec 11.4 pour cent (-0.2pp), le parti démocrate-chrétien a réalisé le score le plus bas de son histoire. Enfin, le PBD a aussi perdu des plumes, avec un score de 2.5 pour cent (-1.6pp). En nombre effectif de mandats, 30 sièges sont revenus au groupe des vert.e.s, qui compte également deux membres de l'extrême-gauche (+18 par rapport à 2015). Les socialistes ont perdu 4 fauteuils mais en conservent 39. Les vert'libéraux obtiennent 16 mandats (+9) et le PLR 29 (-4). 31 parlementaires composent le groupe du centre (25 PDC, 3 PEV et 3 PBD), 5 de moins qu'en 2015. Malgré la perte de 12 sièges, le groupe UDC en

compte encore 55, y compris un représentant de la Lega et un de l'UDF. Avec ce «Linksrutsch» («glissement à gauche»), les groupes UDC et PLR perdent la majorité absolue qu'ils détenaient entre 2015 et 2019.

Le vent de changement n'a en revanche pas atteint le **Conseil des États**. Favorisés par l'élection au système majoritaire pratiquée dans tous les cantons sauf le Jura et Neuchâtel, le PDC et le PLR demeurent les mieux représentés. Les démocrates-chrétiens ont conservé leurs 13 fauteuils. Le PLR en a perdu un pour s'établir à 12 mandats. Les vert.e.s ont progressé au détriment du PS. En effet, les écologistes (5 sièges) ont récolté 4 sièges supplémentaires, tandis que les socialistes (9 sièges) ont dû en abandonner 3. 6 sièges sont revenus à l'UDC (+1). Enfin, l'indépendant Thomas Minder a conservé son siège pour le canton de Schaffhouse.

L'**étude électorale** du FORS a révélé que le succès des vert.e.s était dû au soutien d'une grande part de l'électorat socialiste. En effet, un tiers des électeurs et électrices des vert.e.s avaient voté pour le PS en 2015. Globalement, le PES et le PVL ont bénéficié du soutien d'un électorat jeune. De son côté, l'UDC a eu de la peine à mobiliser son électorat, notamment car ses thèmes-phares, à savoir «l'immigration» et «l'asile», n'ont pas figuré en tête des problèmes jugés prioritaires par la population. Tandis que le PLR a aussi eu des difficultés à mobiliser son électorat, le PDC a pu compter sur ses fidèles. Pour le parti démocrate-chrétien, le bât blesse lorsqu'il s'agit de récolter des voix au-delà de ses troupes. En outre, la vague verte a été plus forte dans les villes que dans les campagnes. En revanche, pas de Röstigraben pour la progression écologiste, qui se fait ressentir tant en Suisse romande qu'en Suisse alémanique. Au Tessin, le succès des écologistes a été moins retentissant. L'arc lémanique et la région zurichoise ont connu les progressions les plus marquées des partis verts.

Poussé par son succès, le parti écologiste a revendiqué un siège au **Conseil fédéral**. Cependant, la candidature de la présidente du parti Regula Rytz (BE) n'a pas été couronnée de succès. Les partis bourgeois ont défendu le siège d'Ignazio Cassis et le Conseil fédéral a été renouvelé dans son intégralité.

#### Par canton:

Appenzell Rhodes-Extérieures: CE, CN

Appenzell Rhodes-Intérieures: CE, CN

Argovie: CE, CN

Bâle-Campagne: CE, CN

Bâle-Ville: CE, CN

Berne: CE, CN

Fribourg: CE, CN

Genève: CE, CN

Glaris: CE, CN

Grisons: CE, CN

Jura: CE, CN

Lucerne: CE, CN

Neuchâtel: CE, CN

Nidwald: CE, CN

Obwald: CE, CN

Saint-Gall: CE, CN

Schaffhouse: CE, CN

Schwytz: CE, CN

Soleure: CE, CN

Tessin: CE, CN

Thurgovie: CE, CN

Uri: CE, CN

Valais: CE, CN

Vaud: CE, CN

Zoug: CE, CN

Zurich: CE, CN

5

ÉLECTIONS  
DATE: 20.10.2019  
ELIA HEER

Bei den **Ständeratswahlen 2019** im **Kanton Graubünden** traten die beiden Bisherigen Stefan Engler (CVP) als auch Martin Schmid, beide seit 2011 im Ständerat vertreten, wieder zur Wahl an. Anders als vor vier Jahren, als die beiden die einzigen Kandidaten waren und in einer faktisch stillen Wahl gewählt wurden, mangelte es den beiden Bisherigen in diesem Jahr nicht an Gegenkandidaten. Nachdem auch Magdalena Martullo-Blocher eine Kandidatur lange nicht explizit ausschloss, nominierte die SVP schlussendlich Valérie Favre Accola in einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung einstimmig. Bei einer Wahl wäre sie gleichzeitig die erste Frau

und die erste SVP-Vertreterin für Graubünden im Ständerat geworden. Dank guten Ergebnisse bei kantonalen Wahlen, ritt die Bündner SP auf einer Erfolgswelle. Deshalb galt ihr Ständeratskandidat Jon Pult als aussichtsreichster Herausforderer der beiden Bisherigen. Pult trat, ebenso wie Favre Accola, mit einer Doppelkandidatur zusätzlich auch bei den Nationalratswahlen an. Die Grünliberalen schickten Géraldine Danuser, aktuell Mitglied der Jungen Grünliberalen, ins Rennen. Das Kandidatenfeld wurde durch Timo Stammwitz (parteilos) komplettiert. So viele Herausforderer hatten die bisherigen Ständerate im Kanton Graubünden in der jüngeren Vergangenheit noch nie. Trotz dieser historischen Konkurrenz, schien die Bündner CVP-FDP-Standesstimme nie ernsthaft in Gefahr zu sein. Engler und Schmid traten an vielen Wahlkampfereignissen gemeinsam auf und betonten dabei stets ihre gute Zusammenarbeit.

Das Duo Engler und Schmid konnte sich wie erwartet schon am Wahlsonntag feiern lassen, denn beide wurden im ersten Wahlgang wiedergewählt. Das beste Resultat erzielte Stefan Engler, der mit 30'033 Stimmen problemlos das absolute Mehr von 23'778 erreichte. Dahinter landete Martin Schmid mit 26'629 Stimmen auf dem zweiten Rang. Die anderen Kandidierenden verpassten es die Favoriten in einen zweiten Wahlgang zu zwingen, geschweige denn ihnen ernsthaft gefährlich zu werden. Am ehesten gelang dies noch Jon Pult (15'230 Stimmen), der vor Valérie Favre Accola (10'093 Stimmen) und Géraldine Danuser (7'106 Stimmen) auf dem dritten Rang landete.<sup>6</sup>

## Partis, associations et groupes d'intérêt

### Partis

#### Partis de gauche et partis écologiques

Weil ihnen die Grünen zu weit links stehen, zogen die aus der Zürcher GP ausgetretenen **Grün-Liberalen Zürich** (GLiZ) ihr Beitrittsersuchen bei der GP Schweiz zurück und beschlossen den Alleingang. Im Nationalrat hatte sich der Grünliberale Martin Bäumle (ZH) nach seinem Ausschluss aus der Grünen Fraktion um die Aufnahme in die EVP-EDU-Fraktion bemüht, welche jedoch nicht zustande gekommen war – im Gegensatz zum Zürcher Kantonsrat, wo die beiden GLiZ-Vertreter der EVP-Fraktion genehm sind.<sup>7</sup>

Im Januar kam es zu einer weiteren Spaltung der Grünen auf kommunaler Ebene: Die **Grünliberalen der Stadt St. Gallen** lösten sich von der grünen Mutterpartei.<sup>8</sup>

Anfang Juli gab die frühere Parteipräsidentin der GP, die Zürcher Regierungsrätin Verena Diener, gemeinsam mit dem abgewählten Präsidenten der Zürcher Kantonalpartei und Nationalrat Martin Bäumle die Gründung einer neuen grün-liberalen Partei bekannt, da die Zürcher Grünen einen zunehmend gewerkschaftlich orientierten Linkskurs verfolgten. Die Grüne Partei Schweiz zeigte sich überrascht und enttäuscht über das Vorgehen. Die **Grün-Liberalen Zürich** (GLiZ) würden nicht automatisch Mitglied der GP, sie müssten zuerst das Programm der Landespartei akzeptieren und ein Jahr als Beobachter absitzen. Die Grüne Fraktion der Bundesversammlung sistierte die Mitgliedschaft Bäumles, bis das Verhältnis zwischen GLiZ und GP geklärt sei. Sollten die GLiZ in die GP aufgenommen werden, wäre Bäumle automatisch wieder Fraktionsmitglied, es stünde ihm aber auch frei, den Verbleib in der Fraktion zu beantragen; diese würde dann frei entscheiden, wie sie es bei anderen nicht der Partei angehörenden Personen wie Hugo Fasel (csp, FR) getan habe. Ende Oktober wies der Vorstand der GP einen Antrag der GLiZ auf Aufnahme vorerst zurück, weil die GLiZ noch kein Parteiprogramm hätten und daher auch nicht klar sei, was sie unter dem Etikett „liberal“ verstünden.<sup>9</sup>

CHRONIQUE DES PARTIS  
DATE: 24.03.2005  
MAGDALENA BERNATH

AUTRE  
DATE: 25.01.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

CHRONIQUE DES PARTIS  
DATE: 03.07.2007  
MAGDALENA BERNATH

**ÉLECTIONS**  
DATE: 31.12.2007  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2007 traten die Grünliberalen einzig im Kanton Zürich zu den **kantonalen Wahlen** an. Dabei sicherten sie sich 10 Sitze im Zürcher Grossen Rat.

**CHRONIQUE DES PARTIS**  
DATE: 08.05.2008  
SABINE HOHL

In Bern wurde ein **Parteisekretariat** der Grünliberalen eingerichtet. Erster Parteisekretär wurde der 30-jährige Medienwissenschaftler Jan Flückiger.<sup>10</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**  
DATE: 03.08.2008  
SABINE HOHL

Am 3. August hielten die Grünliberalen in Basel ihre **erste nationale Versammlung** ab. An dieser wurde Gründungspräsident Martin Bäumle (NR ZH) einstimmig als Präsident der Partei bestätigt. 18 Personen wurden in den Parteivorstand gewählt. Als ein Ziel der Grünliberalen nannte Martin Bäumle die Verdichtung des Parteiprogramms. Die Partei will sich für die Klimainitiative, für das Verbandsbeschwerderecht und für den bilateralen Weg in der Europapolitik einsetzen. Zudem richtet sie sich gegen die Atomenergie. Die Grünliberalen blieben immer noch stark auf den Kanton Zürich konzentriert, von dort stammten etwa die Hälfte der ca. 1'600 Mitglieder (Stand Sommer 2008). Mit einer Expansion in die West- und Südschweiz wollte Bäumle bewusst zuwarten, die Partei solle zuerst in der Deutschschweiz konsolidiert werden.<sup>11</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**  
DATE: 20.09.2008  
SABINE HOHL

Der Vorstand der Grünliberalen lehnte die Initiative „gegen Behördenpropaganda“, die Einbürgerungsinitiative und den Gesundheitsartikel ab. Die Grünliberalen standen auch der **Verbandsbeschwerdeinitiative** und der Unverjährbarkeitsinitiative ablehnend gegenüber, gleiches galt für die SGB-Initiative für ein flexibles Rentenalter. Das neue Betäubungsmittelgesetz und die Hanfinitiative wurden dagegen befürwortet. Damit unterschied sich die GLP einzig bei der SGB-Initiative von der GP.<sup>12</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**  
DATE: 31.12.2008  
SABINE HOHL

Im Jahr 2008 wurden zahlreiche **neue Kantonssektionen** der Grünliberalen Partei gegründet: So im Januar im Thurgau und im Februar in Basel-Stadt. Die bereits im November 2007 gegründete Grünliberale Partei des Kantons Zug trat im März zu ihrer ersten Mitgliederversammlung zusammen. Anfang April wurden neue Sektionen in Graubünden und in Luzern aus der Taufe gehoben. Im Sommer wurde eine Kantonalpartei im Aargau gegründet, im November im Kanton Solothurn. Ende des Jahres gab es insgesamt 11 Kantonssektionen.<sup>13</sup>

**ÉLECTIONS**  
DATE: 31.12.2008  
SABINE HOHL

Die Grünliberalen konnten einige **Erfolge bei kantonalen und kommunalen Wahlen** erzielen. Im Kanton Thurgau eroberten sie auf Anhieb zwei Sitze im Grossen Rat, in Basel-Stadt holten sie gar fünf Sitze. Im Kanton St. Gallen erhielten die Grünliberalen einen Parlamentsitz. Bei den kommunalen Wahlen in der Stadt Bern erreichten sie auf Anhieb vier Sitze, ebenso in Biel und in der Stadt St. Gallen.<sup>14</sup>

**ÉLECTIONS**  
DATE: 31.12.2008  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2008 trat die glp in Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau zu den **kantonalen Wahlen** an und gewannen dabei 8 Sitze. Ende Jahr hatte die glp 18 Mandate in kantonalen Parlamenten inne.

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**  
DATE: 05.03.2009  
SABINE HOHL

Im März fasste der Vorstand der Grünliberalen die **Ja-Parole zum Verfassungsartikel „Zukunft mit Komplementärmedizin“**. Gleichzeitig hielt er fest, dass der Leistungskatalog der Grundversicherung grundsätzlich zu gross sei. Zur Einführung des biometrischen Passes wurde Stimmfreigabe beschlossen.<sup>15</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**  
DATE: 24.04.2009  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung Ende April in Luzern verabschiedeten die Grünliberalen eine Resolution mit dem Titel „Krise als Chance“. Darin forderten sie eine Risikoprämie für Atomkraftwerke, mit deren Einnahmen erneuerbare Energien gefördert werden sollen. Zudem verlangten die Grünliberalen eine **ökologische Steuerreform**: Es soll vermehrt Ressourcenverbrauch statt Produktivität besteuert werden. In einem Positionspapier, das den von den Grünliberalen favorisierten Weg zu einer nachhaltigen Energiepolitik beschreibt, verlangte die Partei unter anderem eine CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe und die Einführung von Anreizen für eine Steigerung der

Energieeffizienz.<sup>16</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**

DATE: 09.05.2009  
SABINE HOHL

Im Mai wurde im **Kanton Freiburg** eine neue Sektion der Grünliberalen Partei gegründet – die erste in einem mehrheitlich französischsprachigen Kanton.<sup>17</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**

DATE: 05.09.2009  
SABINE HOHL

Die Grünliberalen befürworteten die **IV-Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer**. Diese sei zwar keine optimale Lösung, aber nicht zu vermeiden. Auch die Abstimmungsvorlage zum Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative stiess bei den Grünliberalen auf Zustimmung.<sup>18</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**

DATE: 26.10.2009  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung im Oktober in Bern beschlossen die Grünliberalen einstimmig die Nein-Parole zur Anti-Minarett-Initiative. Zur Vorlage über die Spezialfinanzierung des Luftverkehrs sagten die Grünliberalen Ja. Gleichzeitig forderten sie aber als längerfristiges Ziel eine internationale Besteuerung der Treibstoffe. Gespalten waren die Delegierten bei der **GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten**. Es wurde mit 43 zu 41 Stimmen Stimmfreigabe beschlossen.<sup>19</sup>

**ÉLECTIONS**

DATE: 31.12.2009  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2009 trat die glp in Solothurn und Aargau zu den **kantonalen Wahlen** an und gewannen dabei 7 Sitze. Ende Jahr hatte die glp 25 Mandate in kantonalen Parlamenten inne.

**AUTRE**

DATE: 08.11.2010  
MARC BÜHLMANN

Die junge Partei wollte mit eigenen neuen Projekten auf sich aufmerksam machen. An der Delegiertenversammlung in Winterthur wurde ein Papier zur **Energiepolitik** diskutiert, das die Besteuerung der Einfuhr nichterneuerbarer Energie und im Gegenzug die Abschaffung der Mehrwertsteuer verlangt. Die Idee wurde im November als Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ lanciert.<sup>20</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**

DATE: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Dank dem Übertritt des ursprünglich Parteilosen Markus Stadler, der in Uri als Nachfolger des zurückgetretenen CVP-Ständerats Hansruedi Stadler in die kleine Kammer gewählt wurde, kam die GLP – neben Verena Diener (ZH) – zu einem zweiten Vertreter im **Ständerat**.

**ÉLECTIONS**

DATE: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

In drei Kantonen traten die Grünliberalen zum ersten Mal zu **kantonalen Parlamentswahlen** an. In Bern, Zug und Graubünden konnte die junge Partei dabei gleich Erfolge feiern. In Bern und Zug erhielt sie jeweils je 4% Wähleranteil, was sich in Bern in vier und in Zug in zwei Sitzen niederschlug. Im Kanton Graubünden gewann die GLP ebenfalls zwei Sitze. Damit konnte sie ihren Siegeszug fortsetzen. Sie gewann ihre Mandate mehrheitlich auf Kosten der Grünen, der FDP und der SP. Gemäss Parteipräsident Martin Bäumle gedenkt die Partei den Schwung in die Nationalratswahlen 2011 mitzunehmen und Fraktionsstärke zu erlangen.<sup>21</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**

DATE: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurden zwei weitere **kantonale Sektionen** aus der Taufe gehoben. Im Februar wurde, angeführt von den ehemaligen FDP-Mitgliedern Jacques-André Hauray und Isabelle Chevalley, im Kanton Waadt eine neue Sektion gegründet. Ende September folgte dann die Gründung im Kanton Genf. Ende Berichtsjahr weist die GLP damit kantonale Sektionen in 14 Kantonen (GR, SG, AR, TG, ZH, ZG, LU, BL, BS, SO, BE, FR, VD, GE) und insgesamt 33 Sitze in kantonalen Parlamenten aus. Neben Erfolgsmeldungen waren aus den Kantonen auch Misstöne zu hören. So trat der gesamte Vorstand der GLP Basel-Landschaft aufgrund personeller Schwierigkeiten zurück. Der Parteipräsidentin wurde mangelnde Erfahrung vorgeworfen.<sup>22</sup>

ÉLECTIONS  
DATE: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2010 trat die glp in Bern, Zug und Graubünden zu den kantonalen Wahlen an und gewannen dabei 8 Sitze. Ende Jahr hatte die glp **33 von insgesamt 2608** Mandaten in kantonalen Parlamenten inne.

ÉLECTIONS  
DATE: 08.01.2011  
MARC BÜHLMANN

Mit einem Budget von rund CHF 250'000.- wollte die GLP ihre Sitzzahl im Nationalrat von drei auf sechs bis acht erhöhen und die beiden Ständeratsmandate (ZH und UR) halten. **Wahlziel** sei eine eigene Fraktion, wobei die Zusammenarbeit mit der CVP und der EVP weitergeführt werden solle, gab Parteipräsident Bäumle im Januar bekannt. Mit Listenverbindungen wolle man zudem die Mitte insgesamt zu stärken versuchen. Ansprechen wolle man insbesondere eine urbane Wählerschaft.<sup>23</sup>

PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE  
DATE: 22.01.2011  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Versammlung am 22. Januar in Lausanne, wo sie Gast der 2010 gegründeten Waadtländer Sektion waren, fassten die Delegierten der GLP die Ja-Parole für die **Waffenschutzinitiative**. Es gebe keine sicherheitsrelevanten Gründe mehr, die Dienstwaffe zu Hause aufzubewahren, wurde argumentiert.<sup>24</sup>

CHRONIQUE DES PARTIS  
DATE: 06.04.2011  
MARC BÜHLMANN

Der rasante Erfolg der GLP auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene war auch mit Problemen belastet. Vor allem die dünne **Personaldecke** bereitete der Partei Sorgen. Man müsse geduldig sein, pragmatisch weiterarbeiten und auf eine steile Lernkurve aller Beteiligten hoffen, gab die Parteispitze bekannt. Die Erfolge der Partei zogen allerdings auch „komische Käuze“ an. So wurden etwa zwei GLP-Gemeinderäte aus der Partei ausgeschlossen, nachdem sie in Strafverfahren verwickelt waren.<sup>25</sup>

ÉLECTIONS  
DATE: 17.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Erst Mitte Juni gab die GLP den offiziellen Startschuss für ihren **Wahlkampf**. Ihren Wahlauftakt präsentierte die Partei in Bern. Ziel der Partei, die weder links noch rechts, sondern neu und anders sein will, sei es, grüne Anliegen mit liberalen Lösungsansätzen zu verknüpfen. Als thematische Schwerpunkte wurden der Atomausstieg, eine starke, verantwortungsbewusste Wirtschaft sowie die Förderung von Pluralität, Chancengleichheit und Eigenverantwortung genannt. Auch eine verbesserte, koordinierte Raumplanung und eine verursachergerechte Mobilität wurden als wichtige Parteianliegen erwähnt. Die GLP sei für Personenfreizügigkeit, stelle sich aber gegen einen EU-Beitritt.<sup>26</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 17.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Auch die GLP setzte für ihren Wahlkampf direktdemokratische Instrumente ein. Mit ihrer **Initiative** „Energie- statt Mehrwertsteuer“, die sie zum Wahlauftakt präsentierte, schlägt die Partei vor, anstelle des Konsums von Lebensmitteln oder Kleidern den Verbrauch nicht-erneuerbarer Energie zu besteuern. Mit der Initiative wolle man auch beweisen, dass die Partei initiativfähig sei, so Bäumle.<sup>27</sup>

INITIATIVE POPULAIRE  
DATE: 22.08.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Gegensatz zu den Grünen verfolgten die Grünliberalen eine weniger dogmatische und eher pragmatische **Energiepolitik**. Nach der Lancierung der Ausstiegsinitiative durch die Grünen warf der GLP-Präsident ihnen vor, lediglich Wahlkampfpropaganda zu betreiben. Ein sofortiger Ausstieg sei zu teuer und die Schweiz würde damit ihre Abhängigkeit von importiertem Strom verstärken. Um den erwünschten Ausstieg ohne zusätzliche Subventionen oder neue Regulierung zu erreichen, müsse zuerst das Angebot an alternativen Energieformen genügend gefestigt werden. Dies gelänge am ehesten über eine Besteuerung der nicht-erneuerbaren Energien, wie dies mit der eigenen Initiative geplant sei.<sup>28</sup>

DÉBAT PUBLIC  
DATE: 22.08.2011  
MARC BÜHLMANN

Am Parteitag Mitte August in Basel kritisierte Präsident Bäumle die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen gegen den **starken Franken**. Das Frankenpaket über einen Betrag von zwei Milliarden sei unhaltbar und ungerecht. Es gäbe auch Gewinner der derzeitigen Wechselkurslage und gesamtwirtschaftlich betrachtet, seien Verluste und Gewinne ausgeglichen. Besser als Geld zu verteilen wäre es, Preise zu senken sowie Innovation, Forschung und Entwicklung durch steuerliche Entlastung zu stärken. Das Problem der Frankenstärke sei ein kurzfristiges, gab sich Bäumle überzeugt.<sup>29</sup>

CHRONIQUE DES PARTIS  
DATE: 29.09.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wies die GLP 14 **Kantonalsektionen** auf (ZH, BE, LU, ZG, FR, SO, BS, BL, SG, GR, AG, TG, VD, GE). Mitte April hatte sie rund 3000 Parteimitglieder. Die geringen finanziellen und personellen Kapazitäten – das Generalsekretariat der GLP wurde von Sandra Gurtner-Oesch mit Unterstützung eines Praktikanten geführt – zwang die Partei zu einem vorläufigen Expansionsstopp. Obwohl Angebote für die Gründung von kantonalen Sektionen etwa aus den Kantonen Schwyz und Tessin vorlagen, wurde beschlossen, 2011 keine weiteren Kantonalparteien mehr zu gründen.

Unter den 14 Kantonalsektionen finden sich lediglich deren drei in **Westschweizer Kantonen**, wo auch der Erfolg vergleichsweise bescheiden war. Es resultierten ein Nationalratssitz (Chevalley, VD), zwei Sitze im Freiburger Grossen Rat und ein lediglich mässiges Abschneiden bei den Kommunalwahlen in den Kantonen Genf und Waadt. Die Gründe für den geringeren Erfolg der GLP in der Romandie sind in den unterschiedlichen Parteiensystemen zu suchen: In der französischsprachigen Schweiz werden die Grünen traditionell weniger links wahrgenommen als in der Deutschschweiz und die dortigen Mitte-Rechts-Politiker sind für Umweltthemen generell offener als Deutschschweizer Kollegen. Die potenzielle Wählerschaft der GLP ist also in der Romandie tendenziell weniger gross als in der Deutschschweiz.<sup>30</sup>

ÉLECTIONS  
DATE: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Für beide bisherigen **Ständeratssitze** in Zürich (Verena Diener) und in Uri (Markus Stadler) musste die GLP in den zweiten Wahlgang. Dabei wehrte sie sich letztlich relativ deutlich gegen die Angriffe der SVP. In zwei weiteren Kantonen hatte sich die GLP Chancen auf weitere Ständeratsmandate ausgerechnet. Im Kanton Aargau (Peter Schumacher) und im Kanton Waadt (Isabelle Chevalley) hatte die Partei jedoch keine Chance.

CHRONIQUE DES PARTIS  
DATE: 26.11.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Kanton Schaffhausen hatte die GLP in der seit 1990 bestehenden Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen (ÖBS) Konkurrenz. Die ÖBS ist zwar seit 1996 Mitglied der Grünen Partei Schweiz, vertritt aber grünliberales Gedankengut. Die ÖBS trat mit ihrem Regierungsrat Herbert Bühl erfolglos bei den Ständeratswahlen an. Die GLP liebäugelte aufgrund des Potenzials kurze Zeit mit der Gründung einer Schaffhauser Kantonalsektion. Dabei hätte der parteilose Ständeratskandidat **Thomas Minder** die Führung der Sektion übernehmen sollen. Dieser liess sich aber nicht zum Parteieintritt bewegen. Die GLP ihrerseits war nicht bereit, den Vater der Abzockerinitiative nach dessen Wahl in die kleine Kammer ohne grünliberales Parteibuch in ihre Bundeshausfraktion zu integrieren. Minder wandte sich der SVP-Fraktion zu, die ihn ohne Bedingungen aufnahm.<sup>31</sup>

AUTRE  
DATE: 31.12.2011  
MARC BÜHLMANN

Erfolge konnte die GLP auch bei den **kantonalen Wahlen** feiern. Zürich, Geburtsstätte der Partei, erwies sich als besonders günstiges Pflaster. Die Sitzzahl wurde von zehn auf 19 fast verdoppelt und mit einem Wähleranteil von 10,3% (+5,8 Prozentpunkte) war man den Zürcher Grünen (19 Sitze, 10,6%) nun ebenbürtig. In drei weiteren Kantonen war die GLP erstmals zu kantonalen Gesamterneuerungswahlen angetreten und in allen konnten Mandate erobert werden. Einen Grosseerfolg feierten die Grünliberalen dabei in Luzern, wo sie 5,9% der Wählerstimmen und sechs Sitze gewannen. Damit erreichten sie auf Anhieb Fraktionsstärke. Auch in den Kantonen Basel-Landschaft (3 Sitze, 4,5%) und Freiburg (2 Sitze, 4,3%) zog man in die kantonalen Parlamente ein. Nicht angetreten war die GLP in den Kantonen Tessin, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden, wo 2011 ebenfalls Erneuerungswahlen stattfanden. Mit den 2011 zusätzlich eroberten 20 kantonalen Legislativmandaten verfügte die GLP am Ende des Berichtsjahrs – also gut vier Jahre nach der Gründung der nationalen Partei (2007) – über insgesamt 53 Sitze in kantonalen Parlamenten (AG: 5; BE: 4; BL: 3; BS: 5; FR: 2; GR: 2; LU: 6; SG: 1; SO: 2; TG: 2; ZG: 2; ZH: 19). Das gute Abschneiden der GLP wurde in den Medien unter anderem mit einem Fukushima-Effekt erklärt. Die Grünliberalen hätten davon stärker profitiert als die Grünen, weil sie einen pragmatischeren Kurs gewählt hätten, der bei der Wählerschaft besser angekommen sei. Die Erfolge würden allerdings auch verpflichten, so Präsident Bäumle. In der nächsten Zeit müsse viel Basisarbeit geleistet werden.<sup>32</sup>

**ÉLECTIONS**  
DATE: 31.12.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2011 trat die glp in Zürich, Luzern, Freiburg und Basel-Landschaft zu den kantonalen Wahlen an und gewannen dabei 30 Sitze. Eine Premiere feierte die junge Partei in Zürich, wo sie zum ersten Mal Sitze verteidigen musste. Diese Herausforderung meisterten die Grünliberalen bravurös, sie bauten ihre Vertretung von 10 auf 30 Mandate aus.

Dank diesen Erfolgen konnte die glp Ende 2011 **53 der total 2608 Sitzen** in kantonalen Parlamenten für sich beanspruchen.

**INITIATIVE POPULAIRE**  
DATE: 23.01.2012  
MARC BÜHLMANN

Formelle Unterstützung sprachen die Grünen der GLP für deren Idee zu, via Volksbegehren die Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer zu ersetzen. Die **ökologische Steuerreform** sei ein urgrünes Anliegen und passe gut zur eigenen Initiative für eine grüne Wirtschaft.<sup>33</sup>

**DÉBAT PUBLIC**  
DATE: 14.03.2012  
MARC BÜHLMANN

Vorwürfe aus dem bürgerlichen Lager an die GLP wurden nach der Annahme der **Zweitwohnungsinitiative** im März laut. Die Grünliberalen hätten es nicht geschafft, eine gute Kampagne gegen das Begehren zu führen und seien mitschuldig an der Niederlage. Dies zeige, dass die junge Partei noch nicht über die nötige Ausstrahlung verfüge. GLP-Präsident Bäumle reichte den schwarzen Peter zurück an die FDP, die CVP und die Wirtschaftsverbände, die das Begehren unterschätzt hätten.<sup>34</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**  
DATE: 07.05.2012  
MARC BÜHLMANN

Die **Ökoliberale Bewegung Schaffhausen** (ÖBS), eine der nationalen Grünen Partei angeschlossene Gruppierung, meldete den Wunsch eines einjährigen Status als Beobachterin bei der GLP an. Die 1990 aufgrund eines Zusammenschlusses von Jungliberalen und Umweltgruppierungen entstandene ÖBS hielt im Schaffhauser Parlament fünf Sitze, die sich bei den kantonalen Wahlen auf vier reduzierten. Die Delegierten der GLP gewährten den Wunsch Anfang Mai an ihrer Versammlung in Chur. Die ÖBS blieb während dieses Jahres Mitglied der GP und wollte sich anschliessend für eine der beiden Parteien entscheiden.<sup>35</sup>

**INITIATIVE POPULAIRE**  
DATE: 15.06.2012  
MARC BÜHLMANN

Zünglein an der Waage spielte die GLP bei der Debatte um die **Abzockerinitiative**. War die Partei zuerst noch für die Bonussteuer, die als direkter Gegenvorschlag vorgelegt werden sollte, machte sie Mitte Juni eine Kehrtwende und half mit, diese zu versenken. Bäumle rechtfertigte die von den Befürwortern eines Gegenvorschlages heftig kritisierte Kehrtwende damit, dass Minder selber gegen die Bonussteuer sei und seine Initiative wahrscheinlich eher zurückziehe, wenn der indirekte Gegenvorschlag alleine vorläge.<sup>36</sup>

**MOTION**  
DATE: 18.07.2012  
MARC BÜHLMANN

Ob der **Asylpolitik** entfachte ein innerparteilicher Disput. Die Stadtzürcher Sektion warf der Mutterpartei vor, zu weit rechts zu politisieren. Im nationalen Parlament hatte die GLP-Fraktion der Reduktion der Sozialhilfe für Asylbewerber zugestimmt. Die kantonalzürcherischen GLP-Vertreter hatten ihrerseits einer Motion der SVP zugestimmt, die verlangte, in der Kriminalstatistik die Herkunft der Straftäter auszuweisen. Die GLP rechtfertigte ihr Ja damit, dass man mit einer solchen Statistik auch zeigen könne, dass Eingebürgerte nicht häufiger straffällig würden als Schweizer. In der Öffentlichkeit blieb aber das Bild der GLP als Unterstützerin der harten SVP-Asylpolitik hängen. Das „rhetorische Grasens auf der braunen Wiese“ (WoZ) bekomme der GLP schlecht.<sup>37</sup>

**PROCÉDURE JUDICIAIRE**  
DATE: 09.10.2012  
MARC BÜHLMANN

Gegen den Präsidenten der GLP, **Martin Bäumle**, wurde Anfang Oktober ein Strafverfahren wegen Amtsheimnisverletzung eröffnet. Bäumle – neben seinem Nationalratsamt auch Dübendorfer Stadtrat – soll im Zusammenhang eines in Dübendorf geplanten und dann an einer Urnenabstimmung abgelehnten Hochhausbaus Informationen preis gegeben haben, die schliesslich mitverantwortlich für das Nein gewesen seien.<sup>38</sup>

#### CHRONIQUE DES PARTIS

DATE: 30.10.2012  
MARC BÜHLMANN

Zu den 14 **Kantonalsektionen** (ZH, BE, LU, ZG, FR, SO, BS, BL, SG, GR, AG, TG, VD, GE) stiessen im Berichtsjahr mit Neuenburg und Schwyz zwei weitere hinzu. Die Gründungsversammlung der Schwyzer Sektion fand Ende August in Sattel statt. Die Neuenburger Sektion wurde Ende Oktober in Malvilliers – wohl auch im Hinblick auf die 2013 anstehenden kantonalen Wahlen – aus der Taufe gehoben.<sup>39</sup>

#### CHRONIQUE DES PARTIS

DATE: 14.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Um den GLP-**Präsidenten** Martin Bäumle ein wenig zu entlasten – der Nationalrat hatte in der letzten Woche der Herbstsession einen Schwächeanfall erlitten – und aus dem Fokus der Medien zu nehmen, wurde ein Vizepräsidium mit mehreren Köpfen und eine Geschäftsleitung diskutiert. Als möglicher Vizepräsident wurde Laurent Seydoux genannt, der Präsident der Genfer GLP und Mediensprecher für die Westschweiz. Tatsächlich wurde die GLP in den Medien stark mit ihrem Gründer verknüpft. Andere Exponenten der Partei erhielten kaum eine Plattform. Mehrere Fraktionsmitglieder beteuerten, dass dies lediglich eine Aussenwahrnehmung sei und Bäumle sich bei internen Diskussionen häufig zurückhalte. An der Delegiertenversammlung Anfang November in Bern wurde Bäumle denn auch als Präsident bestätigt. Seydoux wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Darüber hinaus wurde eine Geschäftsleitung gegründet, welche das Parteipräsidium in Zukunft unterstützen soll. In diese Geschäftsleitung wurden die Nationalrätinnen Kathrin Bertschy (BE) und Margrit Kessler (SG) sowie die beiden Kantonalparteipräsidenten Andreas Mahler (AG) und Hector Herzig (BL) aufgenommen. Der Geschäftsleitung gehörte zudem auch das Fraktionspräsidium, bestehend aus Fraktionschefin Tiana Moser (ZH) an.<sup>40</sup>

#### ÉLECTIONS

DATE: 31.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Die GLP konnte bei den **Gesamterneuerungswahlen** für die kantonalen Parlamente, die im Berichtsjahr in acht Kantonen stattfanden, praktisch nahtlos an ihre Erfolge bei den nationalen Wahlen vom Herbst 2011 anknüpfen. Insgesamt legten die Grünliberalen um 18 Sitze zu. Ganze sieben Mandate gewann die GLP auf einer gemeinsamen Liste mit CVP, BDP, EVP und EDU („Alliance du Centre“) im Kanton Waadt. Je vier Sitze gewann die GLP im Vergleich zu den Vorwahlen in den Kantonen St. Gallen und Thurgau und drei Sitzgewinne konnten im Kanton Aargau verbucht werden. Die Verteidigung der fünf Sitze im Kanton Basel-Stadt war für die erfolgsverwöhnten Grünliberalen schon fast eine Enttäuschung. Ende Berichtsjahr hielt die GLP damit 71 von total 2'608 kantonalen Parlamentsmandaten. Die Angriffe der Partei auf ein Regierungsmandat in den Kantonen Basel-Stadt und Waadt scheiterten hingegen deutlich. Die GLP hatte Ende 2012 noch keine kantonalen Exekutivmandate.

#### PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE

DATE: 31.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Gemessen an ihren **Parolen**, welche die GLP zu den nationalen Abstimmungen fasste, vertraten die Grünliberalen im Berichtsjahr die Meinung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am besten: Lediglich zwei Mal entsprach die Parole der GLP nicht dem nachfolgenden Abstimmungsresultat, nämlich bei der Zweitwohnungsinitiative und bei Managed Care. Mit ihrem Nein zur letztlich angenommenen Zweitwohnungsinitiative musste die Partei allerdings eine empfindliche Niederlage in einem ihrer Kerngebiete – der Raumplanung – hinnehmen. Neben der Zweitwohnungsinitiative wurden an der GLP-Delegiertenversammlung in Wil (SG) auch die Bauspar-Initiative, die Ferieninitiative und die Buchpreisbindung mit deutlichen Mehrheiten zur Ablehnung empfohlen. Einzig für den Gegenvorschlag zur Glücksspiel-Initiative wurde die Ja-Parole gefasst. Auch mit ihrem Ja zu Managed Care lagen die GLP neben der Meinung der Stimmbürgerschaft. Die Parolenfassung hatte zu hitzigen Diskussionen an der Delegiertenversammlung Anfang Mai in Chur geführt. Letztlich stimmte eine knappe Mehrheit von 59 zu 35 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) für die integrierte Versorgung, mit der sich das Kostenwachstum senken lasse. Deutlich wurden in Chur hingegen die Initiativen „Eigene vier Wände dank Bausparen“ (mit 88:11 Stimmen) und „Staatsverträge vors Volk“ (mit 98:0 Stimmen) zur Ablehnung empfohlen. Einmal Ja – zum Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung – und zweimal Nein zu den beiden Initiativen „Schutz vor Passivrauchen“ und „Sicheres Wohnen im Alter“ beschloss der Vorstand der GLP Anfang September. Anfang November fasste die GLP an ihrer Delegiertenversammlung in Bern mit 120 zu 6 Stimmen und 9 Enthaltungen die Ja-Parole zum revidierten Tierseuchengesetz.<sup>41</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**  
DATE: 26.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Im Rahmen der Agrarrevision konnte sich die GLP dank Kathrin Bertschy (BE) in der **Agrarpolitik** profilieren. Bertschy zerpfückte in der Debatte einige Subventionsforderungen verschiedener Bauernvertreter. Sie kündigte in der Folge ein agrarpolitisches Positionspapier für die GLP an. Gerade in der Landwirtschaft lasse sich grün ideal mit liberal verbinden. Mit Direktzahlungen abzugelender Umwelt- und Tierschutz müsse mit Marktgesetzen vereinbart werden. Mit der neuen Agrarpolitik 2014 bis 2017 zeigte sich die GLP mehrheitlich zufrieden; gegenüber der bestehenden sei sie auf jeden Fall ein Fortschritt.<sup>42</sup>

**ÉLECTIONS**  
DATE: 06.03.2013  
MARC BÜHLMANN

Zwar waren die Grünliberalen im Wallis bei den **kantonalen Gesamterneuerungswahlen** nicht angetreten, in den drei anderen Kantonen, in denen das Parlament neu gewählt worden war, führte die Partei ihren Siegeszug aber fort. In Solothurn trat die GLP zum zweiten Mal an und konnte ihre Sitzzahl von zwei auf vier verdoppeln. Während im Kanton Neuenburg auf Anhieb fünf Sitze erobert werden konnten, reichten die 3,1% Wähleranteil im Kanton Genf nicht für einen Sitzgewinn. Neuenburg ist neben Freiburg und Waadt der dritte mehrheitlich französischsprachige Kanton, in dem sich die GLP im Parlament etablieren konnte. Damit sind die Grünliberalen in mehr als der Hälfte der Kantone in der Legislative mit insgesamt 80 Sitzen (von total 2 559 exklusive AI) vertreten (ZH, BE, LU, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, SG, GR, AG, TG, VD, NE), wobei die beiden Sitze im Kanton Schaffhausen durch einen Parteiwechsel der Vertreter der ÖBS zur GLP zustande kamen. Im Tessin konnte die GLP auch auf kommunaler Ebene – die Grünliberalen traten für die Wahlen in Lugano an – bisher noch nicht Fuss fassen. Nach wie vor kein Erfolg war der GLP auch bei Regierungswahlen beschieden. Zwar schickte man bei den Erneuerungswahlen im Kanton Genf und bei den Ersatzwahlen im Kanton Basel-Landschaft jeweils einen Kandidierenden ins Rennen, beide hatten allerdings keine Chance.

**CHRONIQUE DES PARTIS**  
DATE: 13.03.2013  
MARC BÜHLMANN

Im Kanton Glarus wurde im Berichtjahr die insgesamt **17. Kantonalsektion** gegründet. Am 13. März wurde die GLP Glarus aus der Taufe gehoben. In fünf Jahren wolle man im Kanton Fraktionsstärke erreichen. Durch die Gründung einer neuen Kantonalsektion im April war die GLP darüber hinaus neu auch im Kanton Tessin vertreten. Durch die Spaltung der ÖBS im Kanton Schaffhausen steht zudem die Gründung einer 19. Sektion im Nordkanton an. Keine GLP-Kantonparteien gibt es damit nur noch in sieben Kantonen (UR, NW, OW, AI, AR, VS, JU).<sup>45</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**  
DATE: 07.05.2013  
MARC BÜHLMANN

In einem Positionspapier zur **Elektromobilität** forderten die Grünliberalen eine nationale Strategie für Mobilität mit Strom und eine Steuerreform, wie sie in ihrer Initiative „Energie- statt Mehrwert besteuern“ angeregt sei.<sup>44</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**  
DATE: 09.10.2013  
MARC BÜHLMANN

In ihrem siebten Jahr seit der Gründung verfügte die GLP noch immer über kein Parteiprogramm. Die Grünliberalen orientieren sich vorwiegend an den Leitlinien, die bei der Gründung 2007 verfasst wurden. Dies gereicht der Partei durchaus auch zum Vorteil, werden dadurch etwa parteiinterne Streitigkeiten durch Positionskämpfe vermieden und können auch mal tagespolitisch spezifische Positionen bezogen und auch wieder gewechselt werden. Zudem kann die GLP so als Brücke zwischen Links und Rechts häufig bei politischen Entscheidungen das Zünglein an der Waage spielen. Diese **„ideologische Unbeschwertheit“** zeigte sich auch in den unterschiedlichen, teilweise rein wahltaktischen Listenverbindungen und Allianzen, welche die GLP einzugehen bereit ist, was der Partei durchaus auch Erfolg bei kantonalen Wahlen beschert. In den Medien wurden die hauptsächlichen Probleme der Partei nicht nur in der teilweise trotzdem fehlenden Kohärenz in ihrer Positionierung ausgemacht, sondern auch in der starken Konzentration auf ihren Gründer Martin Bäumle, um den sich fast alles in der GLP drehe. Darüber hinaus fänden sich in der Partei viele Quereinsteiger, die zwar viel Sachverständnis, aber wenig politisches Geschick aufwiesen, was das taktische Geschick von Bäumle noch wichtiger mache.<sup>45</sup>

**OBJET DU CONSEIL FÉDÉRAL**

DATE: 11.10.2013  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung Mitte Oktober in Muttenz beschloss die GLP, das Referendum gegen den Kauf des **Kampfflugzeugs Gripen** zu ergreifen. Mit 64 zu 29 Stimmen bei 11 Enthaltungen folgten die Delegierten damit der vorgängigen Empfehlung der Bundeshausfraktion. Das neue Kampfflugzeug sei sicherheitspolitisch unnötig und finanzpolitisch unvernünftig – so das Hauptargument. Der Luftpolizeidienst könne auch zusammen mit den Nachbarländern organisiert werden. Die Opposition einer nicht-linken Partei gegen ein Beschaffungsvorhaben der Armee war dabei ein absolutes Novum in der Schweiz. Die GLP war allerdings dann bei der Sammlung der Unterschriften wesentlich weniger erfolgreich als Links-Grün und brach – nachdem klar war, dass die 50'000 Unterschriften bereits zusammen gekommen waren – die eigene Sammlung frühzeitig ab. Als Grund wurde die verspätete Organisation des Komitees angeführt.<sup>46</sup>

**PRISE DE POSITION ET MOTS D'ORDRE**

DATE: 04.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Die GLP erwies sich wie schon im Vorjahr hinsichtlich ihrer **Empfehlungen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen** als ausserordentlich empfänglich für die Mehrheitsmeinung in der Stimmbevölkerung. Bei neun der elf Vorlagen stimmte die Parole der Grünliberalen mit dem Abstimmungsergebnis überein. Zählt man das Ja der GLP zum Familienartikel, wo zwar ein Volks- aber kein Ständemehr erreicht wurde, ebenfalls dazu, so sind es sogar zehn Fälle. Keine andere Partei konnte im Berichtsjahr eine so hohe Übereinstimmung aufweisen (die FDP-, die CVP- und die BDP-Parolen stimmten bei je 8 Vorlagen mit dem Endresultat überein). Interessant ist dabei die Betrachtung derjenigen Vorlagen, bei denen die GP (grün) und die FDP (liberal) verschiedene Parolen fassten. Dies war bei acht Vorlagen der Fall, wobei die Delegierten der GLP drei Mal wie die GP und fünf Mal wie die FDP stimmten. Grün hatten die GLP-Mitglieder bereits im Herbst des Vorjahres für die Revision des Raumplanungsgesetzes gestimmt. Auch der Familienartikel wurde Ende Januar des Berichtsjahres mit 104 zu 11 analog zu den Grünen, aber entgegen der Empfehlung der Liberalen zur Annahme empfohlen. Die dritte Übereinstimmung mit den Grünen betraf die Erhöhung der Gebühren für die Autobahnvignette. Mit 89 zu 11 Stimmen fassten die Delegierten die Nein-Parole. Ein verursachergerechtes Mobility-Pricing würde mit dieser Massnahme blockiert und Mittel für neue und unnötige Strassen generiert. Allerdings wich die Glarner GLP von der nationalen Partei ab, weil mit einer Ablehnung das kantonale Umfahrungsprojekt gefährdet sei. Auch die GLP Zug empfahl entgegen der Mutterpartei die Annahme der Erhöhung. Die fünf eher liberalen Parolen (im Sinne von Übereinstimmung mit der FDP) wurden gegen die Abzockerinitiative – mit 63 zu 48 Stimmen allerdings knapp und unter Opposition von nicht weniger als sieben Kantonalsektionen (FR, LU, SH, SO, SZ, TG, ZG) –, für die Asylgesetzrevision (Anfang Mai in Luzern mit 117 zu 11 Stimmen bei 8 Enthaltungen, wobei die GLP Glarus Stimmfreigabe beschloss), gegen die GSoA-Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht (Ende Juni in Genf mit 48 zu 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen), für das revidierte Arbeitsgesetz (in Luzern mit 127 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen) und gegen die 1:12-Initiative (in Luzern mit 119 zu 8 Stimmen bei 9 Enthaltungen) gefasst. Mit ihrem deutlichen Nein zur Initiative zur Volkswahl des Bundesrates in Luzern (mit 132 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung), dem Ja zum Epidemiegengesetz in Genf (mit 56 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen) und dem Nein zur SVP-Familieninitiative in Muttenz (mit 94 zu 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen), fanden sich die GLP-Delegierten jeweils in einer grossen Parteienkoalition wieder.<sup>47</sup>

**CONTRE-PROJET DIRECT À UNE INITIATIVE POPULAIRE**

DATE: 05.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Die GLP versuchte im Berichtsjahr, ihre Position in der **Familienpolitik** zu schärfen. Sie tat dies mit Kritik an der CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Dieses Begehren hatte Kritik geweckt, weil es die Ehe als Bund von Mann und Frau in der Verfassung verankern will. Die GLP nahm die Kritik auf und schlug einen direkten Gegenvorschlag vor, der nicht nur Ehepaare, sondern alle gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften vor steuerlichen Nachteilen befreien will. Darüber hinaus soll eine „Ehe für alle“ geschaffen werden, die Paaren unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung offenstehen soll.<sup>48</sup>

**CHRONIQUE DES PARTIS**

DATE: 07.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Die **Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (ÖBS)**, eine der nationalen Grünen Partei angeschlossene Gruppierung, die im Schaffhauser Parlament vier Sitze hält, hatte im Vorjahr den Wunsch eines einjährigen Status als Beobachterin bei der GLP angemeldet. Die ÖBS blieb während dieses Jahres Mitglied der GP und entschloss sich Ende November definitiv im Schoss der Grünen zu bleiben. Allerdings sprach sich rund ein Drittel der ÖBS-Mitglieder gegen einen Verbleib bei der GP aus, weil diese zu weit links politisiere. Dieses Drittel – darunter auch zwei Kantonsräte – wollte fortan als GLP

auftreten.<sup>49</sup>

#### CHRONIQUE DES PARTIS

DATE: 07.12.2013  
MARC BÜHLMANN

Nach einem Jahr Beobachterstatus bei der GLP entschied sich die **Ökoliberale Bewegung Schaffhausen** (ÖBS), eine 1990 aufgrund eines Zusammenschlusses von Jungliberalen und Umweltgruppierungen entstandene, bisher der nationalen Grünen Partei angeschlossene Gruppierung, bei den Grünen zu bleiben und sich nicht der GLP anzuschliessen. Dieser Entscheid wurde allerdings nicht von allen Mitgliedern der ÖBS geteilt. Ein Teil der Anhängerschaft – darunter auch zwei der vier Schaffhauser Kantonsräte – wechselte zur GLP, die damit in Schaffhausen quasi aus dem Nichts zu zwei Sitzen kam.<sup>50</sup>

#### INITIATIVE POPULAIRE

DATE: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Die Sammlung der Unterschriften für die im nationalen Wahljahr 2011 lancierte **Initiative „Energie statt Mehrwert besteuern“** verlief harzig. Rund ein Jahr nach Beginn waren erst etwa 40'000 Unterschriften gesammelt worden. Das Begehren, mit dem auch bewiesen werden sollte, dass die GLP initiativfähig sei, wurde in der Folge zur Prestigesache. Auch mit finanziellen Anreizen wurde versucht, die Unterschriftensammlung zu beschleunigen. Am 17. Dezember – weil der eigentliche Termin, der 15.12., auf einen Samstag fiel und die Unterschriften an einem Werktag eingereicht werden müssen, erhielt die GLP zwei Tage Zusatzfrist – wurden schliesslich 108'830 beglaubigte Unterschriften eingereicht, wovon 108'018 von der Bundeskanzlei Anfang 2013 als gültig akzeptiert wurden.<sup>51</sup>

#### ÉLECTIONS

DATE: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Die in den Vorjahren beobachtete Baisse der **GP** konnte bei den **kantonalen Gesamterneuerungswahlen 2014** gebremst werden. In der Tat eroberte die GP in den vier Kantonen, in denen sie antrat (BE, GL, NW, ZG) per Saldo vier Sitze. Zwar waren in den Kantonen Bern und Glarus Wählerverluste zu verzeichnen. Diese führten im Kanton Bern zu einem Sitzverlust, womit die Grünen im Hauptstadtkanton noch 15 Mandate besetzen. Im Kanton Glarus konnten sie hingegen ihre sieben Sitze halten. In den Kantonen Nidwalden (+ 3 Sitze; neu 8 Mandate) und Zug (+ 2 Sitze; neu 9 Mandate) konnte die GP hingegen zulegen. Mit den Ende 2014 total 187 kantonalen Parlamentsmandaten sind die Grünen die fünftstärkste Legislativkraft in den Kantonen. Die GP liegt zwar diesbezüglich hinter den vier arrivierten Parteien, aber nach wie vor weit vor der GLP (89 Sitze) und der BDP (77 Sitze).

#### Partis libéraux

#### ÉLECTIONS

DATE: 23.10.2011  
MARC BÜHLMANN

#### In 14 Kantonen traten rund 250 Kandidierende der GLP zu den Nationalratswahlen an.

Das Durchschnittsalter der Kandidatinnen und Kandidaten lag bei 36 Jahren; 30% davon waren Frauen. Unter den Kandidierenden fanden sich zudem auffällig viele Akademiker, Unternehmer und Naturwissenschaftler. Das gesteckte Ziel wurde mehr als übertroffen: Die GLP konnte ihre Sitzzahl im Vergleich zu 2007 (3 Sitze) auf unerwartete zwölf Mandate vervierfachen. Freilich waren einige der Sitzgewinne auch auf die geschickten Listenverbindungen zurückzuführen. Damit erklärt sich auch, weshalb die GLP mit einem gesamtschweizerisch gleich grossen Wähleranteil wie die BDP (5,4%) drei Sitze mehr erobern konnte. In acht der vierzehn Kantone, in denen die GLP angetreten war, konnte sie sich über Sitzgewinne freuen: so in Luzern (6,1%), Graubünden (8,3%), Aargau (5,7%) und Thurgau (5,2%). In der Waadt (5,1%), wo die Grünliberalen zum ersten Mal angetreten waren, holten sie auf Anhieb einen Sitz. In Bern trat die GLP ebenfalls zum ersten Mal an und eroberte mit 5,4% der Wählerstimmen gleich zwei Sitze. In St. Gallen und in Zürich war die GLP bereits 2007 angetreten. In St. Gallen erhöhte sich der Wähleranteil um 2,8 Prozentpunkte auf 6,0%, was für den Gewinn eines Sitzes ausreichte. Im Gründungskanton der Partei schliesslich, konnte die GLP mehr als jeden zehnten Wahlberechtigten von ihrem Programm überzeugen (11,5%, +4,5 Prozentpunkte): Zürich schickte damit neu vier Grünliberale nach Bern. In den Kantonen Zug (6,8%), Freiburg (3,5%), Solothurn (5,0%), Basel-Stadt (5,8%), Basel-Landschaft (5,0%) und Genf (3,2%) reichte der erlangte Wähleranteil nicht für einen Sitzgewinn. Mit den total zwölf Nationalratsmandaten erreichte die GLP deutlich Fraktionsstärke. Die bereits 2007 gewählte Zürcherin Tiana Angelina Moser wurde Ende Oktober zur Fraktionspräsidentin bestimmt.<sup>52</sup>

Die **Grünliberale Partei der Schweiz verzeichnete in den Nationalratswahlen 2019 sowohl Sitz- als auch Wähleranteilgewinne**. Die GLP gewann neun zusätzliche Sitze im Nationalrat (neu: 16 Sitze) und ihr Wähleranteil stieg um 3.2 Prozentpunkte (neu: 7.8 Prozent). Das von Parteipräsident Jürg Grossen in den Medien geäußerte Ziel von zwölf Sitzen wurde somit gar noch übertroffen. Diese guten Resultate bestätigten die im Rahmen der kantonalen Erneuerungswahlen stattgefundenene «grüne Welle», bei der Grüne und Grünliberale grosse Erfolge erzielen konnten.

Mit den Gewinnen der Grünliberalen Partei wuchs gemäss Medien das Mitte-Links-Lager im Nationalrat deutlich an: Grüne, SP, CVP und GLP kamen im Nationalrat neu auf 108 Stimmen und erhielten damit eine Mehrheit. Mit dieser Einteilung konnte aber etwa der Co-Präsident der Zürcher Grünliberalen, Nicola Forster (ZH, glp), gemäss einem Interview in der NZZ nichts anfangen. Für ihn sei die GLP klar in der Mitte, es sei absurd die Partei dem Links-Grünen-Lager zuzurechnen. Die FDP versuche, die GLP in die linke Ecke zu stellen, während die SP und die Grünen der GLP vorwerfen würden, sie sei zu liberal. Forster betonte, dass die Partei mit dem Wählergewinn 2019, der höher war als derjenige der FDP, ihre eigenen Projekte umsetzen möchte. Dazu sei es für die GLP wichtig, dass sie verantwortungsvoll mit der FDP auf der eine Seite und SP und Grünen auf der anderen Seite zusammenarbeite.

Parteipräsident Jürg Grossen hatte im Tages-Anzeiger bereits im Januar 2019 mitgeteilt, dass sich die Wahlkampagne der GLP auf die Themen des Klimaschutzes, der Innovation und der internationalen Vernetzung konzentrieren werde. Im Mai präsentierte dann die Partei das finale Wahlprogramm vor den Medien: Die Grünliberalen setzten auf eine Umweltpolitik, die eher aus Lenkungsmaßnahmen als aus Verboten bestehe; weiter forderte die Partei eine liberale Gesellschaftspolitik, welche die Ehe für alle und die Individualbesteuerung bringe sowie mehr Investitionen in intelligente Technologien fördere. Für die Wahlkampagne stellte die nationale Partei gut eine halbe Million Franken zur Verfügung. Die einzelnen Kandidierende sollten zudem selber ins Portemonnaie greifen, um sich bekannt zu machen. Jürg Grossen gab zudem zu Protokoll, dass sich die GLP keine gross angelegte Plakatkampagnen leisten könne.<sup>53</sup>

- 
- 1) NZZ, 16.1. und 19.6.07; NZZ und TG, 25.6.07; NZZ, 20.7.07; NZZ, 27.8.07.
  - 2) BBI, 2011, S. 8267 ff.; TA, 1.2., 16.5. und 10.8.11; AZ, TA und NZZ, 20.8., 27.8. und 30.8.11; NZZ, 1.8. und 24.9.11; TA, 13.10.11; NZZ, 14.10.11; Presse vom 24.10.11; NZZ, 25.10.11; NZZ, 7.12.11; www.zh.ch; Bundeskanzlei (www.parlament.ch); BFS (BFS.admin.ch; www.politik-stat.ch); Lit. BFS
  - 3) BBI, 2011, S. 8267 ff.; BZ, 9.3.11; Blick, 3.5.11; NZZ, 4.5.11; BZ, 12.5.11; Bund, 3.6.11; BZ und Bund, 17.6.11; NZZ und BZ, 9.8.11; SZ, 10.8.11; BZ, 16.8.11; NZZ, 23.8.11; BZ, 17.9.11; QJ, 29.9., 1.10., 3.10. und 5.10.11; BZ, 5.10.11; TA, 13.10.11; NZZ, 14.10.11; Presse vom 24.10.11; QJ, BZ und Bund, 25.10.11; Bund, 26.10.11; www.be.ch; Bundeskanzlei (www.parlament.ch); BFS (BFS.admin.ch; www.politik-stat.ch); Lit. BFS.
  - 4) Medienmitteilung der GLP vom 16.6.11.
  - 5) FORS - élections fédérales 2019, Tresch et al.; LT, 13.8.19; LT, 27.8., 20.9., 1.10., 15.10.19; LT, Lib, 16.10.19; LT, Lib, TA, 21.10.19; NZZ, TG, 22.10.19; LT, WoZ, 24.10.19; NZZ, 26.10.19; SoZ, 27.10.19; TA, 28.10., 29.10., 5.11., 9.11.19; LT, NZZ, 15.11.19; LT, 18.11.19; TA, 19.11.19; AZ, LT, Lib, NZZ, TA, 25.11.19; LT, 26.11.19; Lib, 28.11.19; TA, 29.11.19; AZ, Lib, 2.12.19; LT, 6.12.19; NZZ, 7.12.19; SGT, 28.12.19
  - 6) SGT, 12.1.19; SGR, 15.1., 14.2., 20.4., 4.5., 29.5.19; SGR, 14.8.19; SGR, 15.8., 22.8., 5.9., 13.9., 21.10.19
  - 7) TA, 8.6.05 (Fraktionsmitgliedschaft); 24h und LT, 2.11.05; zu den ökoliberalen Parteien allgemein siehe auch 24h, 24.3.05.
  - 8) SGT, 24.1. und 25.1.06.
  - 9) Presse vom 3.7., 19.7. und 30.8.04; LT und NZZ, 19.8.04; AZ, 29.10.04. Zur Positionierung der GP siehe auch die Beiträge des Fraktionspräsidenten der Grünen Freien Liste im Kanton Bern und ehemaligen Generalsekretärs der GP, Bernhard Pulver, sowie des jetzigen Generalsekretärs der GP, Hubert Zurkinden, in NZZ, 16.2. und 25.2.04.
  - 10) BZ, 8.5.08.
  - 11) NZZ und BzZ, 29.7.08; NLZ und TA, 2.8.08; NZZ und TA, 4.8.08.
  - 12) LT, 8.5.08; NZZ, 20.9.08.
  - 13) TG: SGT, 19.1.08. BS: BaZ, 27.2. und 28.2.08. ZG: NLZ, 11.3.08. GR: BzZ, 4.4.08. LU: NLZ, 15.4.08. SO: NZZ, 20.11.08.
  - 14) TG: SGT, 9.7.08. SG: Presse vom 17.3.08. BS: Presse vom 15.9. und 16.9.08. Stadt St. Gallen: Presse vom 29.9.08. Biel: Presse vom 29.9.08. Stadt Bern: Presse vom 2.12.08.
  - 15) NZZ, 5.3.09
  - 16) NZZ, 27.4.09.
  - 17) Lib., 9.5.09.
  - 18) NZZ, 5.9.09.
  - 19) NZZ, 26.10.09.
  - 20) NZZ, 22.2.10; SGT, 8.11.10.
  - 21) Bäume: NZZ, 12.3.10.
  - 22) 24h, 12.2.10; LT, 23.2.10; NZZ, 22.2. und 6.10.10; BAZ, 20.3., 23.3., 21.5. und 25.8.10.
  - 23) BaZ, 8.1.11.
  - 24) NZZ, 24.1.11.
  - 25) TA, 29.3.11 (Kornische Käuze); Blick, 5.4.11; TA, 6.4.11.
  - 26) NZZ, 11.4.11; Presse vom 17.6.11.
  - 27) BBI, 2011, S. 4645; TG, 11.4.11; BaZ, 17.6.11.
  - 28) 24h, 11.4.11; NZZ, 22.8.11.
  - 29) NZZ, 22.8.11.
  - 30) TA, 16.4.11 (Parteimitglieder); TA, 29.9.11.
  - 31) SN, 26.11.11; Mitte 2012 stellte die ÖBS einen Antrag auf Beobachterstatus in der GLP (Medienmitteilung GLP vom 5.5.12).
  - 32) SZ, 29.3.11; NZZ, 4.4.11 (Bäume); SGT, 5.4.11; ZH: NZZ und TA, 4.4.11; Lib., 5.4.11; NLZ, 5.4.11; LU: NLZ, 5.4.11; SGT, 11.4.11; BaZ, 17.6.11.
  - 33) Presse vom 23.1.12.
  - 34) AZ, 14.3.12.
  - 35) 24h, 7.5.12; NZZ, 7.5.12.

- 36) SGT, 14.6.12; BaZ, 15.6.12.
- 37) TA, 27.6. und 28.6.12; WoZ, 5.7.12; TA, 18.7.12.
- 38) NZZ, 5.4. und 12.4.12; SGT, 12.5.12; SoZ, 7.10.12; TA, 8.10.12; NZZ, 9.10.12.
- 39) 22.8.12; Exp. und NZZ, 30.10.12.; Medienmitteilung GLP 22.08.2012
- 40) TA, 18.7.12; BaZ, 10.10.12; 24h, 30.10.12; AZ, 5.11.12; TAM, 14.12.12.; www.glp.ch.
- 41) SGT, 30.1.12; NZZ, 7.5.12; TA, 28.6.12; Medienmitteilung GLP vom 5.9. und vom 3.11.12.
- 42) NZZ, 26.1.13
- 43) Medienmitteilung GLP vom 24.4.13.; SOGL, 11.3.13.
- 44) NZZ, 7.5.12.
- 45) TA, 8.3.13; AZ, 6.7.13; NZZ, 9.10.13 (ideologische Unbeschwertheit).
- 46) AZ, 12.9. und 13.9.13; Blick, 2.10.13; NZZS, 13.10.13; NZZ, 14.10.13; AZ, 11.12.13.
- 47) NZZ, 9.10.13; NZZS, 13.10.13; NZZ, 28.1. und 6.5.13; SOGL, 5.6.13; NZZ, 29.6. und 1.7.13; NZZ, 14.10.12; SOGL, 26.10.13; ZGZ, 4.11.13. ; www.grunliberale.ch
- 48) So-Bli, 17.11.13; NZZ, 5.12.13.
- 49) NZZ, 29.4.13; NZZ und SN, 26.11.13; SN, 7.12.13.
- 50) NZZ und SN, 26.11.13; NZZ, 27.11.13; SN, 7.12.13.
- 51) BBl, 2013, S. 617; AZ, 6.7.12; NZZ, 18.7.12; TA, 26.9.12; 24h, 23.10.12; TA, 22.11.12; Blick, 27.11.12; Presse vom 18.12.12.; Medienmitteilung GLP vom 17.12.12.
- 52) Lit. BFS.; NZZ, 11.4., 17.6. und 22.8.11; NZZ, 31.10.11; 24h, 12.11.11; Presse vom 24.–26.10.11.
- 53) BFS (2019). Nationalratswahlen: Mandatsverteilung nach Parteien; BFS (2019). Nationalratswahlen: Stärke der Parteien; TA, 10.1.19; TZ, 24.1.19; NZZ, 9.2.19; AZ, SGT, 16.3.19; TA, 23.3., 26.3.19; BU, Blick, 3.4.19; TA, 14.5.19; WW, 25.7.19; SGT, 10.8.19; NZZ, 23.9., 30.9.19; AZ, 4.10., 8.10.19; CdT, 15.10.19; TA, 16.10.19; NZZ, TA, 21.10.19; NZZ, TA, 23.10.19; NZZ, 2.11.19